

**Betreff** (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Bürgerentscheid zu Maßnahmen der Stadtentwicklung

**Antrag** (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

sh. Anlage

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

### Mein Antrag:

Schaffung von Rechtssicherheit durch einen Ratsentscheid für die laufende Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren „HochhausStop“, das zu einem Bürgerentscheid führt! Die Planungshoheit hat der Stadtrat. Über eine weitreichende Entscheidung für die Stadtentwicklung sollen die Münchner Bürger eine Möglichkeit der Abstimmung bekommen!

In der Stadtratssitzung vom 12.10.22 behauptet ein Mitglied des Stadtrates, wir Bürger in den unterschiedlichen Stadtteilen würden uns nicht füreinander interessieren. Dieser Behauptung widerspreche ich ganz entschieden.

Es geht dabei um die grundsätzliche Frage: Hochhäuser in München ja oder nein und wenn Hochhäuser, soll eine Höhenbegrenzung festgelegt werden?

Diese Frage geht hervor, aus der laufenden Unterschriftensammlung „Hochhausstop“, die die Paketposthallentürme, 156 m, in Neuhausen betreffen.

Wenn dem Investor die Höhe von 156m genehmigt wird, sind die Grenzen für weitere Höhenforderungen gefallen.

Unter vielem anderen wird behauptet, Hochhäuser seien platzsparend, wohnraumschaffend, ökologisch sinnvoll, usw.. Von zahlreichen seriösen Wissenschaftlern z.B. [REDACTED] kann dies eingehend widerlegt werden. Je höher um so weniger bezahlbarer Wohnraum entsteht umso unökologischer! Dies am Rande. Was ist bezahlbarer Wohnraum, wer kann was bezahlen?

Dürfen wir Bewohner, wir Bürger Münchens mitentscheiden, oder darf der demokratisch gewählte Stadtrat, wie auch in der Stadtratssitzung behauptet, allein über das künftige Stadtbild, über millionenschwere Bauprojekte alleine entscheiden?

Wozu eine Bürgerversammlung, eine Bürgerbeteiligung, wenn dann letztendlich der Stadtrat auf die alleinige Planungshoheit besteht.

Auch die Forderung, die ursprüngliche Prokopfgrünfläche bei 34qm zu belassen, nicht auf 20 qm zu kürzen, wurde mehrheitlich von den anwesenden Bürgern in der Bürgerversammlung 2019 befürwortet. Das wurde vom Stadtrat ganz „demokratisch“ kurz und trocken abgelehnt.

Absurd ist das Ganze, bei der Bebauung Paketposthalle können nicht mal die festgelegten 20qm Prokopfgrünfläche eingehalten werden. Dieses Vorgehen geht uns alle an! Denn was heute dort passiert, kann in der ganzen Stadt passieren.